Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 8

Artikel: Thomas Jefferson, der Demokrat
Autor: Frölich, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336603

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PAUL FRÖLICH

Thomas Jefferson, der Demokrat

> «Der Vormarsch der Wissenschaft hat schon jedes Auge für die handgreifliche Wahrheit geöffnet, daß die Masse der Menschen nicht mit Sätteln auf dem Rücken und die wenigen Bevorzugten nicht durch Gottes Gnade gestiefelt und gespornt geboren worden sind, fertig, auf den andern nach Recht und Gesetz zu reiten.»
>
> Jefferson an Weightman, 24. Juni 1826.

Vor hundertfünfundsiebzig Jahren, am 4. Juli 1776, wurde die amerikanische Unabhängigkeiterklärung in Philadelphia unterzeichnet, und auf den Tag fünfzig Jahre später starb Thomas Jefferson, der Autor dieses welthistorischen Dokuments. Das ist ein guter Anlaß, nicht so sehr eine bedeutende Persönlichkeit zu zeichnen, als vor allem einmal zu prüfen, was es mit der amerikanischen Demokratie auf sich hat, die jetzt zum Exportartikel geworden ist[1].

Thomas Jefferson gehörte, von seiner Mutter her, zu den wenigen Familien, die durch ihren Reichtum eine Machtstellung in der Kolonie Virginia innehatten. Er selbst war Grund- und Sklavenbesitzer, im privaten Leben von der Haltung eines Grandseigneurs. In der amerikanischen Gesellschaft seiner Zeit war er der Mann mit der umfassendsten Bildung, getrieben von einem Heißhunger nach Erkenntnissen, Amateur auf den Gebieten der Architektur, der Musik, der experimentellen Agrikultur, der Geschichte u. a. m. Er war Abgeordneter der parlamentarischen Versammlungen, die einen so bedeutenden Anteil an der Schaffung der Vereinigten Staaten hatten; er war der Initiant entscheidender Schritte im Befreiungskampf und Vorkämpfer für tiefgreifende Reformen; er wurde Gouverneur (Präsident) des Staates Virginia, Gesandter in Frankreich von 1784 bis 1789, dem ersten Jahr der Französischen Revolution, Staatssekretär des Äußern, Präsident der Vereinigten Staaten, Gründer der amerikanischen Demokratischen Partei. Bis ans Ende seines Lebens war er ein Revolutionär und ein echter Demokrat.

Der Ablösungsprozeß der britischen Kolonien in Amerika vom Mutterlande war nicht nur ein Befreiungskrieg, sondern eine Revolution, in der innere soziale Gegensätze zur Ausbildung feindlicher Fronten führten. Teile der hohen Beamtenschaft, des protestantischen Klerus, der Richter und besonders des großen Handels- und Schiffahrtskapitals und der Bodenspekulanten bildeten eine offene, mit den Briten verbündete Konterrevolution, oder blieben beiseite stehen und nutzten die sozialen Erschütterungen zur eigenen Bereicherung aus. Als nach dem Revolutionskrieg die Grundlagen des neuen Staatswesens geschaffen werden sollten, standen sich scharf pointierte Auffassungen, gegründet auf sozialen Gegensätzen, gegenüber, die schließlich in zwei Persönlichkeiten ihre Verkörperung und das Zentrum zweier Parteien fanden: Alexander Hamilton und Thomas Jefferson. Hamilton war ein Idealist des Kapitalismus. Er war persönlich unantastbar und starb als armer Mann, nachdem er als Finanzminister durch skrupellose Manöver, unter anderm durch die schamlose Wegzauberung der rückständigen Löhnung der Revolutions-

---

[1] Aus technischen Gründen konnten wir diesen Aufsatz in der Juli-Nummer nicht unterbringen. Red.

veteranen in die Taschen von Spekulanten, eine relativ starke Kapitalistenklasse geschaffen hatte. Er war für eine straffe monarchische Verfassung, die alle Macht den Besitzenden in die Hand geben sollte. Jefferson war für eine weite Demokratie.

Die demokratischen Anschauungen Jeffersons entstammten den naturrechtlichen Theorien John Lockes, die sowohl die amerikanische wie die Französische Revolution befruchteten[2]. Doch wo Locke versagte, als er Gelegenheit hatte, seine Lehren in die für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das damals in Amerika wie bald darauf in der Französischen Revolution auf absolute Verständnislosigkeit bei der erdrückenden Mehrheit der politisch Aktiven und der gebildeten Welt stieß. Politisches Recht setzte als etwas Selbstverständliches Grundbesitz voraus.

Doch mit dem bloßen Wahlrecht, bei dem – nach einem Wort von Marx – der Abgeordnete den Willen seiner Wähler nach Belieben «vertritt und zertritt», war Jefferson nicht zufrieden. Für ihn war Demokratie Aktivität, unmittelbare Mitwirkung jedes einzelnen Bürgers an den staatlichen Aufgaben. Er suchte nach Mitteln zu diesem Zweck und fand sie:

«Teilt die Grafschaften in Bezirke solchen Umfangs, daß jeder Bürger persönlich an ihnen teilnehmen und wirken kann. Übergebt ihnen die Verwaltung ihrer Bezirke in allen Dingen, die sie unmittelbar angehen. Einen Richter von ihnen gewählt, eine Milizkompagnie, eine Polizeipatrouille, eine Schule, die Sorge für ihre Armen... Das wird die Grafschaftsverwaltung von fast all ihren Aufgaben entlasten und sie besser erfüllt sehen, und indem jeder Bürger zum handelnden Mitglied der Verwaltung wird, ... wird er durch die stärksten Gefühle an die Unabhängigkeit des Landes und seine republikanische Verfassung gebunden sein.» (Brief an S. Kercheval, 12. Juli 1816.)

«Ein allgemeiner Aufruf zu Bezirksversammlungen an einem Tage über das ganze Land hinweg, würde den echten Volkswillen erweisen, und würde dem Staat ermöglichen, in Massen zu handeln, wie es das Volk bei euch (in Massachusetts) so oft getan hat.» (Brief an John Adams, 28. Oktober 1813.)

Jefferson wollte unmittelbare, aktive Demokratie verwirklichen, wie sie zu jener Zeit nur noch sporadisch in Gemeinden freier Bauern zu finden war und wie sie einst in einer wirklichen sozialistischen Gesellschaft in einer Vielfalt genossenschaftlicher Kontroll- und Aktionsorgane verwirklicht werden wird. Er wußte auch, was die feste Grundlage solcher echter Demokratie ist. Er erklärte, daß es der Bürger «Recht und Pflicht ist, zu aller Zeit bewaffnet zu sein».

Er ging viel weiter. Als er zum Präsidenten gewählt war, schriehen die Reaktionäre auf: «Wir haben ein Land, regiert von Dummköpfen und Schuften... Die Bande der Ehe werden zerrissen, unsere Frauen und Töchter werden in die Gosse geworfen, unsere

---

[2] Lockes Grundauffassungen waren übrigens schon vor ihm während der großen englischen Revolution Programmsätze der radikalen Leveller. Die berühmten Worte der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: «Wir halten diese Wahrheiten für unwiderlegbar: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten belehnt sind; daß zu diesen gehören Leben, Freiheit und das Streben nach Glück; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen eingesetzt werden unter den Menschen, die ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten,» usw. – diese Worte könnten einem Leveller-Dokument entnommen sein. So heißt es in dem «Appeale» des Obersten Overton vom Jahre 1647: «Denn gerechte menschliche Macht ist nur anvertraut, zugestanden und übertragen durch Zustimmung der Allgemeinheit, ... denn nach natürlichem Geburtsrecht sind alle Menschen gleich und zu gleichen Rechten geboren, zu gleichem Eigentum und gleicher Freiheit, wie ein jeder Mensch von Naturinstinkt seine eigene Sicherheit und seine Wohlfahrt erstrebt...»

Kinder von der Mutterbrust gerissen und vergessen... Kann man sich Schrecklicheres diesseits der Hölle vorstellen?» Man erwartete jeden Tag den Aufbruch der Besitzlosen gegen das Eigentum, die Anarchie. Jefferson aber versicherte immer wieder: «Ich gehöre nicht zu denen, die sich vor dem Volke fürchten. Die Volksmassen und nicht die Reichen sind die Garanten unserer Freiheit.» Als 1787 in Massachusetts ein Aufstand gegen eine Regierung ausbrach und niedergeschlagen wurde, schrieb er aus Paris an seinen Freund Madison:

«Der letzte Aufstand hat mehr alarmiert, als er sollte. Rechne, daß ein Aufstand in dreizehn Staaten im Zeitraum von elf Jahren nur ein Aufstand für jeden Staat in anderthalb Jahrhunderten ist. Kein Land sollte so lange ohne eine Rebellion sein... Erzieht und informiert die ganze Volksmasse. Setzt sie instand, zu sehen, daß es ihr Interesse ist, Frieden und Ordnung zu wahren, und sie werden sie wahren...»

«Die Masse der Menschheit unter ihr (demokratischer Regierung) genießt einen hohen Grad von Freiheit und Glück. Sie hat auch ihre Übel, so die Unruhe, der sie unterworfen ist... Selbst dieses Übel bringt Gutes hervor. Es verhindert die Entartung der Regierung und fördert die allgemeine Aufmerksamkeit für die öffentlichen Angelegenheiten. Ich halte dafür, daß ein kleiner Aufstand hin und wieder eine gute Sache ist und für die politische Welt so nützlich wie ein Sturm für die physische... Die Beachtung dieser Wahrheit sollte einen ehrenhaften republikanischen Gouverneur so milde in der Bestrafung von Aufständen machen, daß sie nicht zu sehr entmutigt werden. Sie sind eine notwendige Medizin für die Gesundheit eines Staates.»

Als 1798 unter dem Eindruck der Französischen Revolution die Bundesregierung drakonische Fremden- und Ausfuhrgeseze diktatorischer Art erließ, bewirkte Jefferson in Kentucky und Virginia parlamentarische Beschlüsse, daß diese Gesetze in diesen Staaten nicht durchgeführt werden würden. Die Bundesregierung wagte nicht, dagegen einzuschreiten.

Jefferson fürchtete, daß die Gesetze sich wie eine ewige Krankheit vererben könnten:

«Gesetze und Verfassungen müssen Hand in Hand gehen mit dem Fortschritt menschlicher Erkenntnis. Jede Generation hat das Recht, sich selbst die Regierungsform zu wählen, die sie für die eigene Wohlfahrt am besten geeignet glaubt... Wir möchten sonst ebenso verlangen, ein Mann solle noch die Kleider tragen, die ihm als Knabe paßten, wenn eine zivilisierte Gesellschaft unter dem Regime ihrer barbarischen Voreltern weiterleben soll.»

Als wirksame Garantien demokratischer Entwicklung hat Jefferson seinen Tätigkeitsgebieten wichtige Reformen vorgeschlagen und zum Teil durchgesetzt. In Virginia vollbrachte er die vollkommene Trennung von Kirche und Staat und die Glaubensfreiheit. Er schuf ein Gesetz, das die Ansätze zur Bildung von Fideikommissen zerschlug. Er schlug, um den Aufstieg von Angehörigen aller Schichten zu den Staatsämtern zu sichern, ein grandioses Schulgesetz vor, das jedem Begabten auf Staatskosten die Tore zu den Schulen aller Grade bis zur Universität öffnen sollte. Es wurde abgelehnt.

Jefferson fand nicht immer, aber doch sehr oft in den Grundbesitzern von Virginia eine Stütze bei seinen demokratischen Bestrebungen. Es war freilich bei diesen eine demokratische Gesinnung eigener Art; sie ruhte, wie im alten Athen, auf der Sklaverei, die die Massen von der Macht ausschloß. Jefferson hat all sein Lebtag gegen die Sklaverei angekämpft. In seinem Entwurf der Unabhängigkeitserklärung war die Anklage enthalten, daß England um schmutzigen Handelsgewinnes willen die Sklaverei in Amerika einführte. Der Absatz wurde gestrichen. Er hat Gesetze vorgeschlagen, die in Virginia die Sklaverei abschaffen sollten, doch er drang nicht durch. Nur die Einfuhr neuer Sklaven

wurde verboten. Es gelang ihm auch, in den neu zu bildenden Staaten im Westen die Einführung der Sklaverei verbieten zu lassen. Doch seine Warnungen, daß die Sklaverei schließlich zu schweren Erschütterungen der Gesellschaft führen müßten, fruchteten nichts. Ein Bürgerkrieg wurde notwendig, die Schmach zu überwinden.

Jeffersons demokratische Bestrebungen waren keine bloßen politischen Rezepte, sie entsprangen einer großen einheitlichen Weltanschauung und einer starken Verbundenheit mit den Massen. Er war ein Feind des Kapitalismus, wenn dabei auch die Gegnerschaft des Landbebauers gegen Industrialisierung und Großstädte eine Rolle spielte. Doch ernst war sein Wille, die Herrschaft des Besitzes über die Volksmassen zu verhindern. Das ist ihm nicht gelungen. Hamilton hat gesiegt. Was sich in Amerika unter günstigen Vorbedingungen an Demokratie erhalten konnte, trotz der gewaltigen Kapitalmacht, ist viel. Aber es ist zur Routine geworden, und vom Geiste Jeffersons ist in den Einrichtungen wenig geblieben. Aber in den Menschen ist dieser Geist nie ganz erloschen. Der Kampf zwischen Hamilton und Jefferson war mit dem Tode der beiden Widersacher nicht zu Ende. Er hat während der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten mit wechselndem Erfolg getobt. Und wenn heute in Europa die amerikanische Demokratie gepriesen und angepriesen wird, dann soll man prüfen, was gemeint ist. Ist es eine moderne Demokratie in Jeffersons Geist, dann soll man zugreifen.

Die Stärke der Sozialistischen Internationale

Die der Frankfurter Gründungskonferenz der Sozialistischen Internationale vorgelegten Ziffern, ergänzt durch die neuesten Wahlergebnisse aus Finnland und Frankreich, ergeben folgendes Bild der organisatorischen Stärke der der Internationale angeschlossenen sozialistischen Parteien sowie des Grades ihres Einflusses auf die Wählerschaft:

Land	Mitgliederzahl	Stimmenzahl bei den letzten Parlamentswahlen	Prozentsatz der abgegebenen Stimmen
Belgien	126 000	1 755 000	35,55
Dänemark	283 000	813 000	39,6
Deutschland	684 698	6 934 000	29,3
Finnland	100 000	480 000	26,1
Frankreich	150 000		
Griechenland	—	62 500	6
Großbritannien	5 716 947	13 265 610	46,1
Indien	126 000	—	—
Island	2 000	12 000	17
Israel (Mapai)	100 000	155 000	35
Italien			
Partito Socialista dei Lavoratori (Saragat)	120 000	1 858 000	7,1
PS Unitario (Romita)	100 000		
Sozialdem. Partei Südtirols	—	—	—
Japan	133 058	7 317 267	25
Kanada (CCF)	95 000	788 321	13,4
Luxemburg	3 000	481 511	—